Steuerverordnung Nr. 22: Elektronische Zustellung von Verfügungen und Rechnungen

Vom 22. Juni 2021

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
gestützt auf §§ 118 Absatz 2, 130^{bis} Absatz 6, 136 Absatz 1^{bis} und 264 Absatz 2 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, StG) vom 1. Dezember 1985¹⁾

beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 *Gegenstand und Geltungsbereich*

¹⁾ Diese Verordnung regelt für Verfahren, auf welche das Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, StG) vom 1. Dezember 1985²⁾ anwendbar ist;

- a) die elektronische Zustellung von provisorischen und definitiven Verfügungen durch das kantonale Steueramt;
- b) die elektronische Zustellung von provisorischen und definitiven Rechnungen durch das kantonale Steueramt;
- c) die elektronische Zustellung von Mitteilungen, Kontoauszügen und sonstigen Informationen.

²⁾ Nicht vom Geltungsbereich dieser Verordnung erfasst sind:

- a) steuerpflichtige natürliche Personen, die gesetzlich oder vertraglich vertreten werden;
- b) steuerpflichtige juristische Personen;
- c) die Nachsteuern, die Grundstückgewinnsteuer, die Nebensteuern und die Quellensteuer;
- d) Einspracheentscheide.

§ 2 *Begriffsbestimmung*

¹⁾ Die in dieser Verordnung verwendeten Begriffe haben folgende Bestimmung:

¹⁾ BGS [614.11.](#)

²⁾ BGS [614.11.](#)

GS 2021, 20

- a) E-Information: Verfügungen, Rechnungen, Mitteilungen, Kontoauszüge und sonstige Informationen gemäss § 1 Absatz 1, welche vom kantonalen Steueramt auf eine E-Plattform übermittelt werden.
- b) E-Dienstleister: Die PostFinance AG oder eine Bank, welche eine E-Plattform zur Verfügung stellt.
- c) E-Plattform: Elektronische Plattform, die von einem E-Dienstleister betrieben wird. Die E-Plattform erlaubt es dem kantonalen Steueramt, E-Informationen für eine steuerpflichtige Person in einem elektronischen Postfach zu hinterlegen. Gleichzeitig kann die steuerpflichtige Person die E-Plattform für die Zahlungsabwicklungen ihrer Steuerrechnungen nutzen (sogenanntes E-Banking).
- d) E-Zustellung: Sichere elektronische Übermittlung von E-Informationen auf eine E-Plattform zuhanden der steuerpflichtigen Person.

2. E-Dienstleister und Datenschutz

§ 3 *E-Dienstleister und Datenschutz*

¹ Der Kanton Solothurn schliesst einen Vertrag mit einem E-Dienstleister ab. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen über die Informationssicherheit und den Datenschutz bei der Erbringung von Informatikdienstleistungen des Kantons Solothurn sind Bestandteil des Vertrages mit dem E-Dienstleister.

² Das Steuergeheimnis gemäss § 128 StG¹⁾ gilt für E-Dienstleister und von diesen beigezogene Dritte.

³ Das Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG) vom 21. Februar 2001²⁾ bleibt vorbehalten.

3. An-/Abmeldung und Nutzungsbedingungen

§ 4 *An- und Abmeldung*

¹ Die E-Zustellung von E-Informationen erfolgt nach vorgängiger Anmeldung durch die steuerpflichtige Person.

² Eine An- und Abmeldung für die E-Zustellung von E-Informationen ist jederzeit möglich.

³ Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie gemeinsam handelnde Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter eingetragener Partnerschaft leben, haben eine gemeinsame E-Plattform zu bezeichnen, auf welcher die Zustellung von E-Informationen ausschliesslich zu erfolgen hat. Die Anmeldung kann nur über die auf den Namen des führenden Ehegatten oder Partners lautende E-Plattform erfolgen.

¹⁾ BGS [614.11](#).

²⁾ BGS [114.1](#).

§ 5 Nutzungsbedingungen der E-Informationen

¹ Meldet sich eine steuerpflichtige Person für die E-Zustellung von E-Informationen an, muss sie in die Nutzungsbedingungen einwilligen. Die Einwilligung erfolgt ausschliesslich elektronisch.

² Ab dem Zeitpunkt der Einwilligung in die Nutzungsbedingungen erhält die steuerpflichtige Person die in § 1 Absatz 1 genannten Dokumente elektronisch zugestellt.

³ Mit der Einwilligung in die Nutzungsbedingungen erteilt die steuerpflichtige Person gleichzeitig die Einwilligung zur Abwicklung von Zahlungen über die E-Plattform des E-Dienstleisters.

⁴ Die Einwilligung in die Nutzungsbedingungen hat solange Gültigkeit, als keine Abmeldung durch die steuerpflichtige Person im Sinne von § 4 Absatz 2 erfolgt oder das kantonale Steueramt die Nutzungsbedingungen ändert.

⁵ Die steuerpflichtigen Personen sind über Änderungen der Nutzungsbedingungen zu informieren.

4. Verfahrensbestimmungen

§ 6 Eröffnung von E-Informationen

¹ Das kantonale Steueramt stellt die E-Information in der E-Plattform des E-Dienstleisters zur Abholung bereit.

² Steht die E-Information zur Abholung bereit, wird eine elektronische Abholungseinladung an die von der steuerpflichtigen Person im Rahmen der Registrierung für die E-Plattform hinterlegte E-Mail-Adresse versandt. Die Abholungseinladung enthält folgende Angaben:

- a) das Datum der Bereitstellung;
- b) die E-Plattform, unter welcher die E-Information zur Abholung bereitsteht.

³ Ausnahmsweise kann anstelle einer E-Zustellung eine postalische Zustellung erfolgen. Diese bedarf keiner vorgängigen Mitteilung an die steuerpflichtige Person.

§ 7 E-Banking

¹ Die E-Informationen werden vom E-Dienstleister an das E-Banking der steuerpflichtigen Person übermittelt.

§ 8 Zustellzeitpunkt von E-Informationen

¹ Werden die E-Informationen innert der Abholfrist von sieben Tagen heruntergeladen, gilt der Zeitpunkt des Herunterladens als Zeitpunkt der Zustellung.

² Werden die E-Informationen innert der siebentägigen Abholfrist nicht heruntergeladen, gilt der siebte Tag nach der Bereitstellung auf der E-Plattform als Zeitpunkt der Zustellung.

³ Das Nichtherunterladen oder die Ablehnung der E-Informationen gilt nicht als Einsprache im Sinne von § 149 StG¹⁾.

¹⁾ BGS [614.11](#).

GS 2021, 20

§ 9 *Weitere Bestimmungen*

¹ Soweit in den vorstehenden §§ 6-8 nichts anderes bestimmt ist, sind die Bestimmungen der Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren (V-EIÜb) vom 24. April 2018¹⁾ anwendbar.

5. Schlussbestimmungen

§ 10 *Nutzungsbedingungen*

¹ Das kantonale Steueramt stellt die Nutzungsbedingungen auf.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Verordnung tritt am 1. August 2021 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates.

Solothurn, 22. Juni 2021

Im Namen des Regierungsrates

Susanne Schaffner
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

RRB Nr. 2021/889 vom 22. Juni 2021.

Veto Nr. 472, Ablauf der Einspruchsfrist: 23. August 2021.

¹⁾ BGS [124.12.](#)